



AUSGABE 01/2023 – 27. JANUAR



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in der zurückliegenden Plenarwoche hat der Hessische Landtag den Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 beschlossen. Ein Landeshaushalt ist immer auch ein politisches Programm. Die SPD-Fraktion hat daher insgesamt 139 Änderungsanträge mit einem Volumen von 1,6 Milliarden Euro eingebracht, die sich an der Frage ausrichten, wie wir Hessen besser und zukunftsfähig machen können. Wir wollen mehr in Bildung investieren, mehr in die Infrastruktur, wir wollen mehr Geld für die Kommunen zur Kinderbetreuung, mehr Geld für Krankenhäuser, mehr Geld für Transformation und für den Erhalt der Industriearbeitsplätze. Denn es ist an der Zeit, die Zukunft für Hessen zu gestalten.

Bei der schwarzgrünen Landesregierung sehen wir rund neun Monate vor der Landtagswahl jedoch

nur den scheinheiligen Versuch, die bisherigen Versäumnisse mit einem großen Geldsegen wettzumachen. Sei es mit der Erhöhung der Besoldung von Grundschullehrkräften, was wir schon seit Jahren fordern, oder mit der Ankündigung eines Sozialtickets für den ÖPNV – die PR-Aktionen der schwarzgrünen Landesregierung können die vergangenen Jahrzehnte des Verwaltens kaum ungeschehen machen. Gestalten kann dagegen nur die SPD.

Am 8. Oktober dieses Jahres haben die Bürgerinnen und Bürger in Hessen die Möglichkeit, sich für Gestaltung zu entscheiden. Die SPD ist bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir sind vorbereitet.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



FRUST AN HESSENS SCHULEN

LEHRKRÄFTEMANGEL



„An unseren Schulen unterrichten derzeit mehr als 10.400 Personen, die über keinerlei Lehrbefähigung verfügen, die also dafür gar nicht ausgebildet sind. In Hessen sind es insgesamt mehr als 17 Prozent der eingesetzten Lehrkräfte. Dieser Lehrermangel ist das Ergebnis von neun Jahren schwarzgrüner Bildungspolitik.“ Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der

SPD-Fraktion, kritisiert, dass für die letzten Jahre keine vorausschauende Personalplanung für die hessischen Schulen stattgefunden habe. Anstatt sich auf den steigenden Lehrerbedarf durch Ganztagsausbau, Geburtenzuwachs und Zuzug vorzubereiten, hätten insbesondere die seit 23 Jahren von der CDU geführten Landesregierungen immer wieder an der Qualifizierung von Lehrkräften gespart. Schulen seien keine Spielhallen, in der es vom Glück abhängen dürfe, ob die Lehrkraft des Kindes pädagogischer Laie ist, Student im vierten Semester oder eine voll ausgebildete Lehrkraft. Ansonsten verschärfe sich die bestehende Chancenungleichheit noch mehr. Studien zeigten, dass besonders Schülerinnen und Schüler, die aus

sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern kommen, vom Lehrermangel in ihrem Lernen beeinträchtigt würden. Degen erkannte an, dass es auf absehbare Zeit nicht möglich sei, auf Quereinsteiger im Lehrerberuf zu verzichten. „Die vielen Vertretungskräfte ohne Lehrerausbildung sind unverzichtbar für uns geworden. Aber genau deshalb ist es falsch, diese Menschen mit prekären Verträgen in den Sommerferien nicht zu bezahlen und sie nach ihrer Einarbeitung nach fünf Jahren wieder auf die Straße zu setzen. Wir müssen endlich anfangen, diejenigen, die sich als Lehrkraft bewähren, weiterzubilden und so zu qualifizieren, dass sie eine Lehrbefähigung und eine unbefristete Anstellung erhalten können, anstatt uns wieder verloren zu gehen“, so Degen.

EIN DÜRFTIGER LANDESHAUSHALT

Im Rahmen der dritten Lesung zum Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 attestierte Marius Weiß, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der Landesregierung einen fatalen Hang zum politischen Stillstand, um Risse in der Koalition zu überdecken. Dies zeige sich auch in diesem Haushalt, z. B. bei der viel zu späten Einführung von A13 für Grundschullehrkräfte oder dem 31-Euro-Ticket für den ÖPNV, dessen Finanzierung auf tönernen Füßen stehe. Diese Art der Kompromisse führe zu einer gefährlichen Langsamkeit bei der Umsetzung politischer Vorhaben. „Im Bund hat die SPD-geführte Ampel gerade die Deutschlandgeschwindigkeit

eingeführt, während in Hessen schwarzgrüne ‚Schnarchnasigkeit‘ herrscht.“ Nichtsdestotrotz sei es mit den gemeinsamen Haushaltsanträgen von SPD, FDP und den Regierungsfractionen zum Unterstützungsprogramm „Hessen steht zusammen“ für die Bürgerinnen und Bürger gelungen, Beratungsstrukturen zu stärken, soziale Härten abzufedern, Vereine und soziale Einrichtungen zu entlasten und Krisenvorsorge zu betreiben. Für die SPD sei es selbstverständlich, auch aus der Opposition heraus Verantwortung zu übernehmen und inhaltlich richtigen Haushaltsanträgen anderer Fraktionen zuzustimmen. „Umgekehrt ist das leider nicht so,



denn alle 139 SPD-Anträge wurden von Schwarzgrün ohne Begründung abgelehnt.“ Die Stärkung der Feuerwehren, des Kampfes gegen Rechts, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die kostenfreie Meisterausbildung oder einen Fonds für den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft seien Dinge, die Schwarzgrün für Hessen anscheinend nicht will.

WO BLEIBT DER HESSISCHE KRANKENHAUSGIPFEL?

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Dr. Daniela Sommer forderte den hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein auf, seine vollmundigen Ankündigungen aus der Regierungserklärung im Juni 2022 einzuhalten und einen Krankenhausgipfel durchzuführen. Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt: „Die leeren Versprechen des Ministerpräsidenten ziehen sich durch alle Bereiche wie ein roter Faden: Er kündigt an, aber dann passiert nichts. Statt selbst anzupacken, wird hilflos in Richtung Bund geschaut. Jüngstes Beispiel ist seine Forderung nach einem ‚Kinder-Gesundheitsgipfel‘. Dabei hat Herr Rhein scheinbar ganz vergessen, dass er selbst einen Krankenhausgipfel durchführen wollte. Eine Einladung hierzu gab es leider noch nicht.“

JUGEND STÄRKER BETEILIGEN

Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Turgut Yüksel, hob in der Debatte die Bedeutung vielfältiger Formate zur



Jugendbeteiligung hervor: „Der Landesjugendkongress im Dezember im Hessischen Landtag war ein Erfolg und ich freue mich auf die baldige Veröffentlichung des Forderungskatalogs der Jugendlichen.“ Die schwarzgrüne Landesregierung setze trotz weiterer Vorschläge beinahe ausschließlich auf diese eine Veranstaltung. und blende weitere Formate aus. „CDU und Grüne behaupten, eine Vorreiterrolle im Bereich der Jugendbeteiligung einzunehmen. Die Wahrheit ist aber, dass sich die hessische Landesregierung weiter dem Wahlrecht mit 16 verwehrt, während in anderen Bundesländern Jugendliche bereits abstimmen dürfen“, so Yüksel.

FÜR EINEN STARKEN RECHTSSTAAT

Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerald Kummer, sprach sich für beschleunigte Verfahren bei Übergriffen gegen Helfer und Amtsträgerinnen aus. „Vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt gegen Menschen, die sich dem Schutz und der Hilfe unserer Gesellschaft verschrieben haben sowie gegen Amts- und Mandatsträger, sind Sonderdezernate dringend erforderlich, die sich gezielt und ausschließlich mit solchen Übergriffen auseinandersetzen. Wer für die Allgemeinheit tätig ist und in diesem Zusammenhang Opfer einer Straftat wird, hat die Solidarität und den besonderen Schutz des Staates verdient.“



Durch eine Richtlinie des Generalstaatsanwalts, wonach grundsätzlich ein öffentliches Interesse bei Straftaten gegen Personen, die im Einsatz für das Gemeinwohl sind, bejaht wird, könnte die Staatsanwaltschaft zudem direkt tätig werden.

RHEIN GEFÄHRDET DEN ZUSAMMENHALT

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg, kritisierte den Ministerpräsidenten für seine Aussagen in einem Interview, in dem er „erfolgreiche Rückführungsoffensiven“ forderte und das Chancen-Aufenthaltsrecht ablehnte. Die Menschenwürde werde gebrochen, wenn in Zeiten von Wahlkämpfen populistische Slogans unbedacht geäußert würden.



WÖLFE IN HESSEN

Die Kluft zwischen der Angst vor dem Wolf und der Angst um den Wolf in Hessen werde immer größer. Eine Mitschuld daran trage das hessische Umweltministerium, findet Heinz Lotz, jagd- und forstpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Die Datenlage zum Wolf in Hessen ist unzureichend. Wir brauchen eine Wolfsstudie wie in Niedersachsen. Nur so kann das Jagdrecht justiert und ein Bestandsmanagement auf den Weg gebracht werden, dass Hand und Fuß hat.“



NETZAUSBAU SCHNELLER MACHEN

MOBILFUNK FÜR ALLE



„Für uns ist ein flächendeckender Mobilfunkempfang digitale Daseinsvorsorge. Das Netz muss überall schnell und stabil funktionieren. Mit unserem Mobilfunk-für-alle-Gesetz ermöglichen wir den dafür notwendigen einfacheren und schnelleren Mobilfunknetzausbau“, sagte der digitalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bijan Kaffenberger. Um den Mobilfunkempfang in Hessen sei es

schlecht bestellt. „Zwei der drei deutschlandweit am schlechtesten mit Mobilfunk versorgten Landkreise befinden sich in Hessen: Der Odenwald und der Werra-Meißner-Kreis. Bei den Grauen Flecken, in denen es eine LTE-Mobilfunknetzabdeckung mit weniger als drei Netzen gibt, sieht es ebenso schlecht aus.“ Der

Mobilfunkpakt der Digitalministerin sei gescheitert und somit nicht mehr als eine PR-Aktion. „Unser Gesetz vereinfacht und beschleunigt den Netzausbau. Künftig sollen freistehende Mobilfunkmasten im Außenbereich bis 20 Meter ohne Genehmigung errichtet werden dürfen. Zeitlich befristete Masten sollen 48 Monate statt wie bisher drei Monate, genehmigungsfrei stehen bleiben dürfen.“

STRASSENBAUbeiträge ABSCHAFFEN



„Straßenbaubeiträge sind sozial ungerecht. Eine Abschaffung der Beiträge würde Hessinnen und Hessen entlasten, gerade in der jetzigen Situation, in der die Menschen weitreichende Einschnitte hinnehmen müssen und Herausforderungen zu meistern haben.“ Günter Rudolph, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass seine Fraktion schon seit Jahren die Abschaffung der Straßenbaubeiträge fordere. „Die schwarzgrüne Landesregierung unternimmt seit Jahren viel zu wenig, um Straßenbaubeiträge überflüssig zu machen. Wir werden dies nach der nächsten Landtagswahl in Regierungsverantwortung umsetzen.“

GUTE ARBEIT UND STARKE WIRTSCHAFT GEHÖREN ZUSAMMEN

MITTELSTANDSFÖRDERUNG



Mit ihrem Mittelstandsförderungsgesetz beabsichtigt die SPD-Fraktion, die Instrumente der Wirtschaftsförderung in Hessen

transparent an Kriterien für gute Arbeit auszurichten. Hessische Unternehmen, die für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gute Arbeitsbedingungen schaffen wollen, sollen so gezielt unterstützt und gefördert werden. Zentrale Kriterien für öffentliche Maßnahmen der Wirtschaftsförderung seien

die Einhaltung von Tarifverträgen, die Vermeidung von Tarifflicht, die Ermöglichung echter Mitbestimmung durch Personalvertre-

tungen sowie die Vermeidung von Leiharbeit. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Tobias Eckert, betonte, es sei wichtiger denn je, das Zusammenspiel von guter Arbeit und starker Wirtschaft als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten. „Insbesondere mit Blick auf den hessischen Mittelstand war und ist es uns daher ein zentrales Anliegen, auf diese Zukunftsherausforderungen reagieren und die Unternehmen aktiv unterstützen zu können. Die schwarzgrüne Landesregierung scheint hieran allerdings keinerlei Interesse zu haben“, so Eckert.

LOBBYREGISTER IST ÜBERFÄLLIG

Ein Lobbyregistergesetz soll sicherstellen, dass Kontakte zwischen der Politik sowie Interessensvertreterinnen und -vertretern transparent erfasst und somit nachvollziehbar gemacht werden. Angelika Löber, Obfrau der SPD-Landtagsfraktion im Hauptausschuss: „Es mutet seltsam an, dass Schwarzgrün ein Projekt, dass bereits in der vergangenen Legislaturperiode hätte umgesetzt werden sollen, just noch rechtzeitig vor der Landtagswahl durchbringen möchte. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass hier – wie auch auf Bundesebene – insbesondere die CDU massiv auf der Bremse gestanden hat. Warum einzelne Abgeordnete oder sogar ganze Fraktionen kein Interesse an einem weitrei-



chenden Lobbyregister haben, dazu kann man sich – auch vor dem Hintergrund von Maskenskandalen oder Unternehmensbeteiligungen – unterschiedliche Gedanken machen.“

Der jetzt vorgestellte Gesetzesentwurf sei jedoch nur ein Minimumkonsens: „Hessen hätte mit einem wirklichen Lobbyregistergesetz kraftvoll vorangehen können. Neben dem Regelwerk auf Bundesebene hat lediglich Bayern bislang ein weitreichendes Lobbyregister auf den Weg gebracht. Sowohl auf Bundesebene als auch hier in Hessen war und ist es die SPD, die für echte Transparenz bei der Einflussnahme auf Politik und Gesetzgebung steht“, so Löber. Ihre Fraktion sei bereit, den Gesetzesentwurf konstruktiv zu begleiten.

KLIMASCHUTZGESETZ IST AMBITIONSLOS

„Das Hessische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels der Landesregierung ist zahnlos“, kritisiert Gernot Grumbach, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Auch Verbände wie der BUND und der Paritätische seien unzufrieden und hätten sich „ambitioniertere Ziele“ für das Klimaschutzgesetz und dessen Erweiterung gewünscht. „Der Hessische Landtag als Gesetzgeber muss bei Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zwingend beteiligt werden, ebenso brauchen wir eine klare Festlegung auf das 1,5 Grad-Ziel, zusätzlich möchten wir einen Transformationsfonds einrichten, aus dem Maßnahmen zur sozialen und ökologischen Umgestaltung der hessischen Wirtschaft finanziert werden sollen. All diese Themenfelder sind zu wichtig, um sie nicht ausreichend, wie von CDU und Grünen in diesem Gesetzesentwurf behandelt, zu berücksichtigen.“



HIER WIRD ZUKUNFT GEMACHT



Unser Land erlebt schwierige Zeiten. Es ist Zeit, Hessens Zukunft neu zu denken, grundsätzlicher in den Blick zu nehmen und aktiv anzugehen. Die SPD-Fraktion sucht daher im Rahmen digitaler Dialogkonferenzen den Austausch mit Verantwortlichen aus Verbän-

den, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um die richtigen Lösungen für die neuen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Die Ergebnisse sollen nach den Osterferien auf einem Zukunftsgipfel im Hessischen Landtag vorgestellt werden.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Cord Wilke (verantwortlich),
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes,
bernardbodo/Envato Elements.